

Öffentliches Beteiligungsmanagement und Public Corporate Governance - Praxisrelevante Befunde und Potenziale für Kommunen

Vorbericht zum Vortrag im Rahmen der Sitzung des Finanzausschusses des Deutschen Städtetages am 07.06.2018 in Düsseldorf

In dem Vortrag „Öffentliches Beteiligungsmanagement und Public Corporate Governance - Praxisrelevante Befunde und Potenziale für Kommunen“ werden für die Kommunalpraxis relevante Ergebnisse und Handlungsoptionen aus verschiedenen Studien im Feld Public Corporate Governance (PCG) und Beteiligungsmanagement behandelt. Dabei soll insbesondere auf die folgenden Themen eingegangen werden: Vergütungsoffenlegung und Vergütungshöhe bei Top-Managementorganmitgliedern öffentlicher Unternehmen, Public Corporate Governance Kodizes und Erarbeitung eines PCG-Musterkodex sowie Arbeitgeberattraktivität von Kommunalverwaltung und kommunalen Unternehmen.

Die Offenlegung der Vergütung bei Top-Managementmitgliedern öffentlicher Unternehmen ist, u.a. aufgrund der Anforderungen und zunehmenden Zahl an Transparenzgesetzen, ein relevantes Thema. Die Studien des Lehrstuhls liefern deutschlandweite Befunde zur Vergütungsoffenlegung für öffentliche Unternehmen der kommunalen sowie Bundes- und Landesebene. Die Offenlegungsquote ist in den letzten Jahren in der Gesamtschau deutlich gestiegen. In einigen Kommunen ist Transparenz hier mittlerweile zur Selbstverständlichkeit geworden, in anderen Kommunen liegt die Offenlegungsquote nach wie vor bei Null. Der Lehrstuhl möchte dazu beitragen, dass Transparenz nicht als „Nervthema“ wahrgenommen wird, sondern in der Diskussion um Vertrauen in den Staat und politischer Kultur, um die öffentliche Aufgabenerfüllung und im persönlichen Führungsalltag als positives Gestaltungsthema genutzt werden kann. Nationale und internationale Vergleiche sind erforderlich, um sachbezogene Diskussionen im Sinne des öffentlichen Gemeinwesens zu ermöglichen. In einer Demokratie sprechen im öffentlichen Sektor aus Lehrstuhlsicht sehr viele Argumente dafür, eine transparente Diskussion über die Vergütung der Top-Managementorgane öffentlicher Unternehmen zu ermöglichen. Dabei setzt sich der Lehrstuhl mit wissenschaftlichen Beiträgen und bei Anfragen von Medien zu Studien mit Nachdruck dafür ein, über die offengelegten Vergütungen fair und sachlich zu diskutieren.

Der Höhe und Ausgestaltung der Vergütung von Top-Managementmitgliedern öffentlicher Unternehmen wird in der Diskussion um Personalgewinnung, Personalbindung und Zielsteuerung im Sinne der öffentlichen Hand besondere Bedeutung zugewiesen. Entscheidungsverantwortliche sind regelmäßig vor die Aufgabe gestellt, anspruchsvolle Vergütungsentscheidungen vorzubereiten, zu treffen und zu prüfen. Unsere Studie zur Top-Managementvergütung öffentlicher Unternehmen und das Vergütungsportal öffentliche Unternehmen bieten eine formal und inhaltlich unabhängige, methodisch transparente, glaubhafte und am Bedarf der Praxis ausgerichtete Alltagsunterstützung. Die Studie zeigt – neben vielen weiteren Aspekten – dass teilweise beträchtliche Vergütungsunterschiede auch bei vergleichbar großen Unternehmen bestehen. Dies ist sowohl im Vergleich zwischen verschiedenen Branchen als auch im Vergleich von Unternehmen innerhalb von Branchen festzustellen. Hierfür wird es vielfach stichhaltige Sachgründe geben, für alle Vergütungsentscheidungen bedarf es aufgrund der Anforderungen nur einer faktenbasierten Begründung mit Blick auf das Vergleichsumfeld des jeweiligen Unternehmens. Vergütungstransparenz muss im Kontext öffentlicher Unternehmen nicht zu einer Anpassung nach oben führen, sie kann von kommunalen Entscheidungsträger/innen für situationsgerechte Reflexionen in alle Richtungen genutzt werden.

Der Lehrstuhl tritt bei seinen Arbeiten an allen Stellen mit Nachdruck dafür ein, teilweise beobachtbaren – oder eventuell vermuteten – „Neiddebatten“ entgegenzuwirken. Die Formulierungen in eigenen Studien und autorisierte Zitate in Medien belegen aus Sicht des Lehrstuhls das Engagement, von wissenschaftlicher Seite zu einer Versachlichung der Diskussion beizutragen.

Public Corporate Governance Kodizes (PCGKs) liefern – bei anforderungsgerechter Ausgestaltung und mit einer in der Satzung von Unternehmen verbindlich verankerten Entsprechensklärung – hilfreiche Entwicklungsbeiträge für die öffentliche Hand sowie alltagsnützliche Unterstützung für Einzelakteure. Studien des Lehrstuhls zeigen jedoch substantielle Unterschiede zwischen den PCGKs verschiedener Kommunen. Aktuell arbeitet eine Vielzahl von Kommunen an der Einführung eines PCGK oder an der regelmäßig vorgesehenen Evaluation des eigenen PCGKs. Hierfür möchten die Studien des Lehrstuhls die Alltagsarbeit vor Ort unterstützen. Neben weiteren Aspekten soll hier auch durch die Entwicklung eines PCG-Musterkodex mit einem integrativen, partizipativen und transparenten Prozess mit Konsultationsverfahren zur Unterstützung von Kommunen und einzelnen Bearbeiter/innen auf allen föderalen Ebenen ein Unterstützungsbeitrag geliefert werden.

Die Steigerung der Arbeitgeberattraktivität ist aufgrund des demographischen Wandels für öffentliche Verwaltung und öffentliche Unternehmen gleichermaßen eine sehr große Herausforderung. Zur Unterstützung der Kommunen untersucht der Lehrstuhl Motivationsmuster und leitet hieraus Handlungsoptionen zur Steigerung der Arbeitgeberattraktivität des öffentlichen Sektors ab. Ein Ziel ist es, die speziellen Faktoren zu untersuchen, mit denen Kommunen und kommunale Unternehmen ihre Arbeitgeberattraktivität im Wettbewerb um die besten Führungskräfte mit der Privatwirtschaft besonders hervorheben bzw. steigern können. Aus Sicht des Lehrstuhls ist es ein zentraler Faktor für die Gestaltung unserer Demokratie, Führungskräfte für öffentliche Verwaltungen und öffentliche Unternehmen zu gewinnen, die politisch reflektierte Managementkompetenzen und Werte mit einem Sinn für unser Gemeinwesen besitzen.

Vor dem Hintergrund gesellschaftspolitischer Herausforderungen für die öffentliche Daseinsvorsorge wie gravierender Staatsverschuldung, dem demographischen Wandel und komplexen Steuerungsanforderungen sind Forschung und Lehre zum Public Management an Universitäten von besonderer Bedeutung für unser Land – insbesondere für Kommunen. Im internationalen Vergleich gibt es zum Public Management an deutschen Universitäten nach wie vor nur wenige Lehrstühle und Aktivitäten in Forschung und Lehre.

Der Lehrstuhl für Public Management & Public Policy an der Zeppelin Universität (ZU) Friedrichshafen möchte mit seinen Forschungsvorhaben zum wissenschaftlichen Erkenntnisfortschritt und zur zukunftsfähigen Bewältigung praxisrelevanter Herausforderungen beitragen. Der Austausch mit der Kommunalpraxis ist dem Lehrstuhl ein besonderes Anliegen. Trägerin der gemeinnützigen ZU ist die ZU|Stiftung. Die Gründungstifter der ZU|Stiftung sind wiederum die ZF Friedrichshafen AG, die ZEPPELIN GmbH und die Zeppelin Stiftung. Über die Zeppelin Stiftung als Eigentümerin der ZF AG und der Zeppelin GmbH hat die Stadt Friedrichshafen, die die Zeppelin Stiftung verwaltet, einen maßgeblichen Einfluss. Im übertragenen Sinne könnte man somit sagen, dass die ZU zur „kommunalen Familie“ gehört.